

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

ins neue Jahr und Jahrzehnt bin ich voller Tatendrang und mit vielen Vorhaben in meinen Politikfeldern gestartet. Optisch stehen dafür auch das neue Design meines Newsletters und meine neu gestaltete Homepage (heike-baehrens.de – was haltet ihr davon?).

Kurz vor Weihnachten haben wir als Bundestagsfraktion eine Zwischenbilanz unserer Arbeit vorgelegt. Sie hat gezeigt: Wir haben viel erreicht als SPD. Genauso gibt es aber noch viele Anliegen, die wir in dieser Legislaturperiode umsetzen wollen.

Für unseren Landkreis gilt es, in diesem Jahr die nächsten Schritte beim Weiterbau der B10 aktiv zu begleiten, um eine zügige und gute Realisierung zu erreichen. Als Kreis-SPD setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für einen qualitativ hochwertigen Öffentlichen Nahverkehr ein. Die letzten Wochen auf der Filstalbahn zeigen, dass wir den Druck auf die Landesregierung weiter aufrechterhalten müssen. Im Bund konnten wir die finanziellen Voraussetzungen für einen starken ÖPNV schaffen (s. S.3).

Auch für meine Arbeit als Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion steht einiges an. Vor allem die Begrenzung der Eigenanteile in der Pflege – also die finanzielle Entlastung von Pflegebedürftigen – ist ein wichtiges Ziel. Aber auch die Stärkung der Pflegeberufe durch tarifliche Bezahlung und durch bessere Arbeitsbedingungen sind weiterhin drängende Anliegen.

Seit fast zwei Jahren leite ich den Unterausschuss für Globale Gesundheit. Die aktuelle Verbreitung des Coronavirus (s.a. S.3) von China aus zeigt, wie wichtig es ist, das Thema Gesundheit über den nationalen Tellerrand hinweg zu betrachten. Es geht dabei aber nicht nur um Pandemievorsorge, sondern auch darum, wie man Gesundheitssysteme weltweit so stärken kann, dass gerade auch die Menschen in den Ländern des Südens ein gesundes Leben führen können. In einigen Monaten will die Bundesregierung ihre neue Strategie zur Globalen Gesundheitspolitik veröffentlichen. Diesen Prozess begleiten wir vom Parlament aus sehr eng und konstruktiv.

Nach einem für die SPD aufregenden und ereignisreichen Jahr 2019 heißt es nun in diesem neuen Jahrzehnt: gemeinsam kämpfen für die Ziele und Werte der Sozialdemokratie. Wir werden gebraucht als Volkspartei, die es versteht, verschiedene Interessen zu vereinen und Lösungen zu finden und umzusetzen, die unsere Gesellschaft als Ganzes im Blick behält. Das ist unsere Stärke und das wollen wir auch im neuen Jahrzehnt selbstbewusst und hörbar vertreten.

Ihre/Eure



Bereitschaft zur Organspende stärken

Viele schwer kranke Menschen warten auf eine Organtransplantation, aber zu wenige Spenderorgane stehen zur Verfügung. Der Organspendeskandal hat viel Vertrauen gekostet. Deshalb war es wichtig, dass wir im April 2019 mit dem Transplantationsgesetz dafür gesorgt haben, die Prozesse und Verantwortlichkeiten in den Krankenhäusern zu verbessern. Potenzielle Spender können jetzt besser erkannt werden und Krankenhäuser werden für Organtransplantationen besser vergütet. Das wird die Anzahl der Spenderorgane erhöhen.

Aber darüber hinaus stellten wir uns im Bundestag auch der sensiblen Frage, wie die Spendebereitschaft erhöht werden kann. Nach intensiver ethischer Debatte standen zwei fraktionsübergreifende Gruppenanträge zur Abstimmung: Die Widerspruchslösung sah vor, dass jeder automatisch potenzieller Organspender sein soll – außer bei aktivem Widerspruch. Der Gesetzentwurf zur Stärkung der Entscheidungsbereitschaft setzt hingegen weiterhin die aktive Zustimmung dafür voraus, dass Menschen nach ihrem Tod Spender werden können. Er sieht aber vor, dass wir uns regelmäßig mit dieser Frage auseinandersetzen müssen – bei Bürgeramtsterminen etwa und durch regelmäßige Aufklärung durch den Hausarzt.

Der Bundestag hat sich mit großer Mehrheit für die Zustimmungslösung ausgesprochen. Ich weiß, dass Viele – auch in der SPD – sich eine radikalere Veränderung gewünscht hätten. Aber es gibt aus meiner Sicht einiges, was für die nun getroffene Entscheidung spricht.

Man darf nicht vergessen, dass es sich bei der Organspende um das Geschenk eines Menschen handelt, das eben auch den Sterbeprozess verändert. Bei allem Respekt vor der medi-

zinischen Höchstleistung, die in den Krankenhäusern erbracht wird, darf nicht aus dem Blick geraten, dass jede Transplantation mit dem schweren Schicksal eines anderen Menschen verbunden ist. Es gibt keinen Anspruch auf ein Spendeorgan wie auf ein Ersatzteil eines Autoherstellers. Die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens gilt auch für den sterbenden Menschen und sogar über den Tod hinaus. Allein deshalb bedarf es aus meiner Sicht immer einer aktiven Entscheidung für eine Organspende.

Darüber hinaus hat mich die Rolle der Angehörigen sehr beschäftigt. Bei der Widerspruchslösung wären sie nicht von der Entscheidungssituation entlastet worden, sondern wären in die Rolle eines Garanten geraten – des Garanten dafür, dass kein Widerspruch bekannt ist. Sie hätten bestätigen müssen, dass der mögliche Spender in der Lage war, Bedeutung und Tragweite einer Organspende zu erkennen und seinen Willen danach auszurichten. Eine echte Zumutung in einer Situation, wo es völlig überraschend Abschied zu nehmen gilt von einem geliebten Menschen. Eine wirkliche Entlastung der Angehörigen erfolgt nur, wenn eine eigene aktive Entscheidung zu Lebzeiten getroffen wurde. Eine solche zu treffen, darf in einem sozialen Rechtsstaat erwartet werden, der auf die Selbstbestimmung und Würde des einzelnen Menschen zielt.

Deshalb bin ich froh, dass die Entscheidung für oder gegen eine Organspende weiterhin bei jedem und jeder einzelnen von uns liegt. Diese Entscheidungsbereitschaft wird nun gestärkt durch vereinfachte Registrierung über ein Onlineregister und über regelmäßige Gelegenheiten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Günstig und umweltfreundlich unterwegs



Die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) müssen dringend optimiert und ausgebaut werden, damit mehr Menschen günstig und umweltschonend unterwegs sein können. Dieses Ziel haben wir als SPD im Koalitionsvertrag und im Klimaschutzgesetz verankert und setzen die Stärkung des ÖPNV jetzt nach und nach um. So haben wir im vergangenen Jahr das Grundgesetz geändert, um mehr Bundesmittel zur Verfügung stellen zu können. Mit der Reform des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) verdreifachen wir jetzt die Finanzhilfen des Bundes an die Länder für Investitionen in neue Infrastruktur, z. B. für Schienenwege, Straßenbahnen und U-Bahntunnel. Auch die Reaktivierung von stillgelegten Schienenstrecken wie beispielsweise das Boller Bähnle und die Grunderneuerung von bestehenden Infrastrukturen werden ermöglicht.

Ab 2021 steht jährlich eine Milliarde Euro für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden zur Verfügung. Ab 2025 werden diese Mittel noch einmal verdoppelt, um dann ab dem nächsten Jahr jährlich automatisch um 1,8 Prozent erhöht zu werden. Diese Dynamisierung im Klimakabinett durchgesetzt zu haben, ist für uns ein wichtiger Erfolg. Denn dadurch schaffen wir endlich langfristige Planungssicherheit für die Länder und Gemeinden, die sie für solch große Infrastrukturprojekte dringend benötigen.

Mit vielen weiteren Maßnahmen, wie z. B. den Modellstädten für das 365 Euro-Ticket, die Mehrwertsteuersenkung für Bahnreisen im Fernverkehr und der Erhöhung der Investitionsmittel für die Schiene stärken wir den ÖPNV und den öffentlichen Fernverkehr nachhaltig und fördern damit klimafreundliche Mobilität für alle.

Keine Panik

Seit Tagen halten uns die Nachrichten über die Ausbreitung des Coronavirus in Atem – spätestens seit es auch in Deutschland bestätigte Fälle gibt und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestern den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen hat. Für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ist hierzulande das Robert Koch-Institut (RKI) zuständig. Dort schätzt man die Gefahr für die Gesundheit der hiesigen Bevölkerung aber weiterhin als gering ein (Stand Redaktionsschluss).

In engem Austausch mit dem RKI und dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) haben wir in dieser Woche intensiv die Lage analysiert und notwendige Schritte beraten. Fazit: Grund zur Panik besteht nicht, denn wir sind in Deutschland gut gewappnet. Die Ausrufung des internationalen Gesundheitsnotstands verpflichtet die WHO-Mitgliedstaaten, ihre Maßnahmen zu koordinieren und gibt der WHO größere Handlungsbefugnisse. An der Gefährdungssituation hier in Deutschland ändert sich dadurch nichts.

Einmal mehr zeigt sich: Es kommt auf gut funktionierende Gesundheitssysteme an. Bei aller nötigen Aufmerksamkeit für potenzielle globale Gesundheitsbedrohungen geht es heute mehr denn je um die strukturelle Stärkung einer lokalen Basisgesundheitsversorgung, die im Notfall auch zur Bewältigung von Epidemien notwendig ist.



Beratungen im Unterausschuss Globale Gesundheit mit BMG und RKI

Unterwegs im Landkreis

Einfach unbürokratisch

Göppingen, Stuttgart und Hamburg waren in einer Videokonferenz miteinander verbunden, um die Hilfsmittelversorgung von bürokratischem Ballast zu befreien — mit dem Verband der Ersatzkassen BaWü, der Technikerkrankenkasse BaWü und den Geschäftsführern der Firma Hartlieb im Gespräch.



Einfach schön

Wie immer gab es ein volles Haus beim Neujahrsempfang der SPD Göppingen im Farrenstall Faurndau — mit einem Impulsvortrag von Peter Hofelich zur industriellen und strukturellen Entwicklung im Filstal und den aktuellen Herausforderungen.

Einfach innovativ

Warum das Genossenschaftsprinzip in Zürich dafür sorgt, dass Wohnen bezahlbar bleibt, und welche Ideen für die Internationale Bauausstellung 2027 in der Region Stuttgart diskutiert werden, berichtete Andreas Hofer, künstlerischer Leiter der Bauausstellung, beim Neujahrsempfang der SPD Süßen.





"Wir waren uns einig über die Lehren der Vergangenheit und eine Erinnerungskultur, die es gemeinsam zu pflegen galt. Doch ich fürchte: Unsere Selbstgewissheit war trügerisch". Bei der Gedenkstunde für die Opfer des Holocaust fand Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier klare und bewegende Worte, warum wir Demokratinnen und Demokraten nicht vergessen dürfen – und warum wir eine lebendige Erinnerungskultur brauchen, die der alten Gefahr auch heute und in Zukunft etwas entgegenzusetzen vermag. Es lohnt sich, seine Rede nachzuhören.

Termine

Freitag, 31. Januar 19:00 Uhr
Neujahrsempfang SPD Eislingen
Stadthalle Eislingen

Montag, 3. Februar
13:30 Uhr
Bauerntag 2020
des Kreisbauernverbandes Göppingen
Sickenbühlhalle, Gruibingen
16:30 Uhr
Besuch Alb-Elektrizitätswerk
Geislingen

18:30 Uhr
"Was steckt drin im Klimapaket?"
Vortrag Rita Schwarzelühr-Sutter, MdB,
Parlamentarische Staatssekretärin
im Bundesumweltministerium
und Diskussion mit Sascha Binder, MdL
Zehntscheuer Süßen

Dienstag, 4. Februar
13:30 Uhr
Gespräch mit AWO-Geschäftsführerin
Sonja Elser
16:00 Uhr
Redaktionsgespräch Geislinger Zeitung
zu 25 Jahren Pflegeversicherung

19:00 Uhr
„Pflege gerecht und solidarisch gestalten“
Geislinger Gewerbeverein
Kapellmühlsaal Geislingen

Freitag, 7. bis Samstag, 8. Februar
Sozialkammer der
Evangelische Kirche Deutschland
Berlin

Montag, 10. bis Freitag, 14. Februar
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159